

A n t r a g
(Alternativantrag)

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/918 -
**Stand und Perspektiven der Asyl- und Flüchtlingspoli-
tik im Freistaat Thüringen**

**Perspektiven in der Asyl- und Flüchtlingspolitik im Frei-
staat Thüringen**

Am 23. April 2015 wurde mit dem ersten Thüringer Flüchtlingsgipfel der Grundstein für einen konstruktiven Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus Landes- und Kommunalpolitik, Verbänden, Religionsgemeinschaften und Akteurinnen und Akteuren in der Flüchtlingspolitik gelegt, den es auszubauen und fortzuführen gilt. Der Flüchtlingsgipfel war somit Auftakt einer gesellschaftlichen und politischen Debatte, die auch im Thüringer Landtag geführt wird.

Der Landtag setzt sich für eine menschenrechtsorientierte und humanistische Flüchtlingspolitik ein, bei der neben der menschenwürdigen Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Geflüchteten eine individuelle und sorgfältige Einzelfallprüfung des Anspruches auf Asyl im Vordergrund steht. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." (Artikel 1 Grundgesetz)

Darüber hinaus sind aufgrund der aktuellen Entwicklungen weitere Maßnahmen notwendig.

- I. Der Landtag unterstützt die Landesregierung,
 1. sich auf Bundesebene für eine zeitnahe und vollständige Besetzung der bereits 2014 angekündigten 2.000 zusätzlichen Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einzusetzen,
 2. sich auf Bundesebene für die zeitnahe Einrichtung von BAMF-Außenstellen an allen Erstaufnahmeeinrichtungen einzusetzen,
 3. sich auf Bundesebene für eine dauerhafte und strukturelle finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden einzusetzen,

4. sich auf Bundesebene für die Schaffung eines menschenrechtsorientierten Einwanderungsgesetzes einzusetzen, welches unser Aufenthalts- und Asylrecht um ein Einwanderungsrecht ergänzt,
 5. sich auf Bundesebene für die zeitnahe Einführung einer Gesundheitskarte analog zum "Bremer Modell" einzusetzen, um eine bessere medizinische Versorgung gewährleisten zu können,
 6. sich auf Bundes- und europäischer Ebene für eine wirksame Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, die in den Herkunftsstaaten der Asylbewerber die Menschenrechtssituation verbessert,
 7. sich mit einer Bundesratsinitiative für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Überführung in die Sozialgesetzgebung einzusetzen,
 8. die personelle Ausstattung im Landesverwaltungsamt insbesondere in den Bereichen, welche für die Erstaufnahme, Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden von Bedeutung sind, zu verbessern,
 9. die im Rahmen des ersten Thüringer Flüchtlingsgipfels vereinbarte und mit dem Landeshaushalt 2015 beschlossene Erhöhung der Betreuungspauschale in der Thüringer Flüchtlingskostenerstattungsverordnung zu implementieren und über das Haushaltsjahr 2015 hinaus zu verstetigen,
 10. kommunale Integrationskonzepte als Grundlage einer menschenwürdigen Aufnahme und qualifizierten Sozialbetreuung zu initiieren und zu unterstützen und die solidarische, ehrenamtlich und zivilgesellschaftlich in vielen Thüringer Gemeinden geleistete Hilfe für geflüchtete Menschen durch eine Ehrenamtskoordination zu unterstützen und damit zur Stärkung praktischer Willkommenskultur beizutragen,
 11. in ihrem Bemühen, den Schutz der Flüchtlinge und Asylsuchenden konsequent sicherzustellen,
 12. zeitnah zum Inkrafttreten einer Bundesregelung zur bundesweiten Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ein Thüringer Ausführungsgesetz dem Thüringer Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.
- II. Der Landtag bittet die Landesregierung zu prüfen,
1. inwieweit mögliche Liegenschaften des Landes unter Berücksichtigung baurechtlicher, baufachlicher, standortbezogener, integrationspezifischer und wirtschaftlicher Aspekte mittel- und langfristige für die Nutzung als Erstaufnahmeeinrichtung in Frage kommen,
 2. wie ein zusätzlicher Ausgleich der finanziellen Herausforderungen im Rahmen der Flüchtlingsaufnahme und -betreuung für die Kommunen geschaffen werden kann,
 3. inwieweit eine möglichst flächendeckende Asylverfahrensberatung gewährleistet und unterstützt werden kann,
 4. wie auf Bundesebene sichergestellt werden kann, dass Asylsuchenden zusätzlich zur Aufenthaltsgewährung zum Zwecke einer Berufsausbildung ein Aufenthaltstitel bei der Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis für die ersten zwei Jahre nach der Ausbildung, während eines Studiums sowie bei nachgewiesener Ausübung einer Berufstätigkeit erteilt wird,

5. welche rechtlichen Änderungen erforderlich wären, um einen schnelleren Bezug von Immobilien zur Flüchtlingsunterbringung zu ermöglichen.

Begründung:

Kaum ein Thema bewegt die politische und gesellschaftliche Debatte derzeit so stark, wie die Frage einer guten und menschenrechtsorientierten Flüchtlingspolitik. Steigende Zahlen von Geflüchteten bringen andere Anforderungen an die Organisation der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen mit sich.

Neue Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes, mehr Wohnraum in den Kommunen, bessere soziale Betreuung und ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen sind nur ein Ausschnitt der Herausforderungen, denen sich Land und Kommunen derzeit stellen.

Immer wieder werden jedoch auch vorurteilsbehaftete und rassistische Ressentiments bedient, um vor Ort Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen. Mit Sorge beobachten wir, dass derartige populistische Versuche, Flüchtlinge und Fluchtursachen zu diskreditieren, zu einer Verfestigung abwertender Vorurteile führen und nicht selten von Rassistinnen und Rassistinnen sowie Neonazis aufgegriffen und für ihre menschenverachtenden und rassistischen Parolen benutzt werden. Das macht deutlich, wie wichtig die Arbeit gegen menschenverachtende Einstellungen nach wie vor ist. Allen Menschen, unabhängig davon, ob sie als Asylsuchende, Bürgerkriegsflüchtlinge oder aus anderen Gründen nach Thüringen geflüchtet sind, sollte mit Respekt und Würde entgegengetreten werden, um eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik zu sichern.

Der Landtag bedankt sich bei allen, die sich tagtäglich haupt- und ehrenamtlich für eine gute Asyl- und Flüchtlingspolitik in Thüringen einsetzen. Ihr Engagement verbessert nicht nur die Bedingungen von Geflüchteten in diesem Land. Sie leisten damit auch einen wichtigen Beitrag für eine demokratische Kultur.

Ebenso gilt all jenen Dank und Anerkennung, die sich bei rassistischen und rechtsextremen Kundgebungen und Aufmärschen schützend vor Flüchtlingsunterkünften stellen und Vorurteilen und rassistischen Ressentiments argumentativ begegnen. Vorurteile, Angst und rassistische Mobilmachung dürfen keinen Platz in einem demokratischen, humanistischen Freistaat haben. Alle politisch Verantwortlichen sind in der Pflicht, solchen antidemokratischen Tendenzen mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Blehschmidt

Marx

Rothe-Beinlich